

# Wiemeleer Dampfboot.

No 39.

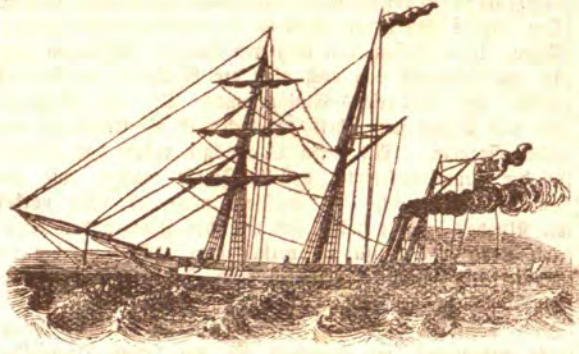
Dienstag,

1875.

den 16. Februar.

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme  
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pr. Nummer 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum  
einer Corpus-Spaltheile von Abonnenten  
mit 15 R.-Pf., von Nicht-Abonnenten  
und Auswärtigen mit 20 R.-Pf. berechnet.  
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-  
stimmt, sind spätestens bis Nachmittag  
2 Uhr einzuliefern.  
Besag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

## Politische Wochenchau.

Seit dem Schlusse des Deutschen Reichstages lenken die Verhandlungen des Preussischen Landtags die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die abgelaufene Woche war der ersten Verathung der großen Organisationsgesetze gewidmet, die zu dem schon vorher unzweifelhaften Ergebnisse der Ueberweisung der Vorlagen an eine Commission führte. Denn wie sehr auch im Allgemeinen die Richtung und die Grundzüge der Vorlagen Anerkennung fanden, so traten doch über einzelne wichtige Punkte sehr verschiedene Ansichten hervor, die nur in Commissionsberathungen ihre Ausgleichung finden können. — Mit großer Mehrheit erfolgte die Annahme des Bismarck'schen die Ausdehnung der Reform über Rheinland und Westfalen betreffenden Antrags, ob es der Regierung aber möglich sein wird die gewünschten Entwürfe noch in dieser Session vorzulegen, ist mindestens zweifelhaft. Hoffentlich wird in diesem Falle das Haus nicht nach dem Rathe der Herren Bismarck und Berger verfahren, die verlangen, daß man die Vorlegung der Entwürfe für die westlichen Provinzen zur Bebingung der Annahme der Provinzialordnung machen solle. Kann man das Ganze nicht auf einmal haben, so wäre es eine wenig kluge Politik, wenn man sich sträuben wollte, wenigstens einen Theil in Sicherheit zu bringen. — Der die Provinz Berlin betreffende Entwurf erregt in städtischen Kreisen viele Sorge, weil man von ihm eine Minderung des Ansehens und Einflusses der Stadtverordnetenversammlung fürchtet. Jedenfalls ist der Entwurf mancher Aenderungen bedürftig, wenn auch nicht im Sinne der Wünsche der Stadtverordneten, deren Stellung nothwendiger Weise und grade im Interesse der städtischen Verwaltung bedeutenden Modificationen unterliegen muß. Die Mehrzahl der bischöflichen Kostenhirtenbriefe ist gemäßig gehalten. Eine Ausnahme machen die Bischöfe von Metz und Straßburg, die wohl von Rom besondere Weisung erhalten haben. Die Collectivklärung der Deutschen Bischöfe in Betreff der bekannten Erklärungen des Fürsten Bismarck über die Papstwahl sind bemerkenswerth durch die abschwächende Deutung, die sie dem Unheilsbegriff zu geben suchen.

In Desterreich hat die Brochüre des Erzherzogs Johann Salvator großes Aufsehen gemacht. Das Ungarische Abgeordnetenhaus hat die Budgetvorlage angenommen; die Lösung der Krisis steht also unmittelbar bevor. — Auch das Cisleithanische Kabinet scheint sich in einer Art von Krisis zu befinden. Die „Neue freie Presse“ fordert Veränderung der Personen aber nicht des System's. Ob indessen ein Personenwechsel ohne Systemwechsel möglich ist, erscheint indessen fraglich.

Die neue Majorität der Französischen Nationalversammlung hat sich vorläufig bei der Abstimmung über das Senatsgesetz wieder aufgelöst, indem mit Hilfe der Bonapartisten und unter Stimmenthaltung von 50 Legitimisten die Linke gegen ihren neuen Verbündeten ein Amendement durchsetzte, wonach der Senat nur aus gewählten Mitgliedern besteht, und von den nämlichen Wählern gewählt wird, die auch zur Wahl der Abgeordneten berechtigt sind. Man ist indessen bemüht, das aus den Fugen gegangene Bündniß wieder herzustellen.

In der Bewegung der Spanischen Regierungstruppen ist ein Stillstand eingetreten, zum Theil wohl verschuldet durch einen Erfolg der Carlisten, dessen Tragweite von diesen indessen sehr übertrieben wird.

Die Thronrede mit welcher das Englische Parlament eröffnet ist, ist politisch ziemlich farblos. Die Ablehnung Englands an der Fortsetzung der Conferenz über die völkerrechtlichen Grundzüge im Kriege Theil zu nehmen, hat in Rußland um so mehr verstimmt, da das Beispiel Englands auf die kleinen Staaten ansehnlich zu wirken scheint.

In Holland ist man trotz der wiederholten Siegesnachrichten über den Verlauf der Ereignisse in Aischin trübe gestimmt, weil die Entscheidung noch im weiten Felde zu liegen scheint.

Der im Russischen Ministerium des Innern mit der Ueberleitung der Prekangelegenheiten betraut gewesene Staatsrath Longuinow ist gestorben; sein Amtsnachfolger wird der Staatsrath Grigoriew sein. Während England gegen die Fortsetzung der Brüsseler Beratungen über kriegsrechtliche Fragen sich durchaus kühl und ablehnend verhält, hat Desterreich und wie es heißt, auch das Deutsche Reich sich dafür erklärt und alles Mögliche zu thun versprochen, um das, was in Brüssel vereinbart worden, auch thatsächliche Geltung gewinnen zu lassen. Der Deutsche Botschafter am Russischen Hofe, Prinz Reuß, befindet sich noch immer zur völligen Herstellung seiner Gesundheit beurlaubt im Auslande, und zwar zur Zeit in Amsterdam. Zu seiner amtlichen Vertretung ist

jetzt Herr v. Radomiz von Berlin in Petersburg eingetroffen. Derselbe war früher in Bucharest und kennt die Fragen, die zur Zeit wieder um die untere Donau nebeln, aus eigener Einsicht. Der ziemlich barocke Plan Englischer Freiwilligen, im bevorstehenden Sommer der Zarenstadt Moskau einen Rossenbesuch zu machen ist durch die Erklärung der Russischen Regierung durchkreuzt worden, daß sie die Herren nicht zu sehen wünsche. Die Kaiserin wird im April von San Remo direct nach der Krim gehen. In dem Polnischen Städtchen Warta ist am 8. Januar Oberst Wyszoki gestorben, der 1830 mit an der Spitze der Verschwörung gestanden hatte.

Die Griechische Kammer Session ist am 5. d. geschlossen worden.

Der Erbauer der Türkischen Eisenbahnen, Baron Hirsch, hat es beim Sultan durchgesetzt, daß die von ihm und gegen ihn erhobenen Beschwerden gründlich untersucht werden und er ausdrücklich ermächtigt wird, im Eisenbahnbau fortzufahren.

Die Serbische Csuphina hat auf Antrag des Kriegsministers beschlossen, die Grenztruppen mit Waffen und Munition versehen zu lassen.

## Deutsches Reich.

△ Berlin, 12. Februar. Einer erfreulichen Aenderung des Berliner Kabinet's wird es vermuthlich zuschreiben sein, daß die Spanische Regierung von der Ersetzung des Grafen Rascon am hiesigen Hofe durch den Grafen Merry y Colomb wieder zurückgekommen ist. Es ist nicht unbedeutend geklungen, daß dieser Entschluß erst seit den letzten Tagen und zwar nach dem Eintreffen der Kreditiv für den Grafen Sagastel in Madrid datirt, während Graf Merry zuvor bereits für seinen hiesigen Aufenthalt allerhand Vorbereitungen hatte treffen lassen. Auch mit andern hier beglaubigten Gesandten, u. A. wie außerlich verlautet, mit dem Belgischen, war Graf Merry auf Grund von Empfehlungen seitens seiner Regierung in Verbindung getreten, so daß man die Frage für vollständig entschieden hielt. Graf Rascon hat sich indes bei den jüngsten verwickelten Verhandlungen über die Gustavaffaire die Anerkennung der hiesigen Regierung in dem Maße erworben, daß diese offen den Wunsch ausbrückte, den genannten Diplomaten in seiner bisherigen Stellung erhalten zu sehen.

\* Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge hat der Papst das vom König Alfons XII. an ihn gerichtete Notifikations-schreiben am letzten Dienstage beantwortet. Daß diese Antwort die formelle Anerkennung enthält, ist sehr wahrscheinlich, zumal sie bereits abgegangen war, ehe die Nachrichten von der Niederlage der königlichen Armee bei Vacar in Rom eingetroffen sein konnten.

\* Die Centrumspartei hat abermals einen harten Verlust erlitten. Der kürzlich erst zum Vorsitzenden der Fraktion gewählte Abg. v. Savigny ist gestern Abend plötzlich in Frankfurt a. M. verstorben. Er hatte seinen Wohnsitz in der Nähe dafelbst auf dem Gute Trags bei Gelnhausen und vertrat im Landtage den ersten Rachen Wahlbezirk (Schleiden-Malmeby-Montjoie). Der Verstorbene stand im 61. Lebensjahre und war bis zum Jahre 1866 im diplomatischen Dienste und später noch als Bundescommissar beim konstituierenden Norddeutschen Reichstage thätig. Aus seiner Vergangenheit ist nur die Rolle bemerkenswerth, welche er an dem verhängnißvollen 14. Juni 1866 auf dem Frankfurter Bundestage spielte. Savigny war es, der nach Annahme des bekannten Desterreichischen Mobilisationsantrags im Auftrage der Preussischen Regierung den Bundesvertrag für gebrochen erklärte, die bisherigen Bundesstaaten mit Ausnahme Desterreichs zum Abschluß eines neuen Bundes einlub, seine Thätigkeit als beendet bezeichnete und den Sitzungssaal verließ. Damit war der Bruch zwischen Preußen und Desterreich formell erklärt und ein eigenthümlicher Zufall ist es, daß derselbe Mann, durch dessen Mund diese Erklärung erfolgte, später an die Spitze einer Partei trat, welche noch heut den Krieg von 1866 als einen Rechtsbruch von Seiten Preußens bezeichnet. Im Reichstage vertrat Savigny den dritten Koblenzer Wahlkreis.

\* Das Herrenhaus wird voraussichtlich in diesem Monat keine Plenarsitzungen mehr abhalten, da das vorhandene Material nicht genügt, um den Mitgliedern deshalb eine Reise nach hier zuzumuthen. Die vom Abgeordnetenhaus an das Herrenhaus gelangten Vorlagen sind sämmtlich von dem Präsidenten zur Schlussberathung verwiesen; die Anträge der Referenten, welche bereits vorliegen, gehen auf unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinaus. Die wichtigste Vorlage, welche dem Herrenhause bisher gemacht wurde, ist die neue Vormundschaftsordnung; sie wurde bekanntlich an eine

besondere Commission verwiesen, welche gegenwärtig sehr thätig darüber berathet und fast täglich fünf- bis sechsstündige Sitzungen abhält. Die Commission hat bereits mehrere wesentliche Veränderungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen. An dem Gesetzentwurf wird sie wohl noch einige Wochen Thätigkeit verwenden müssen. Zum Referenten in der Commission ist der Professor Dr. Dernburg ernannt worden. Während der Abwesenheit des Präsidenten Grafen Otto zu Stolberg-Bernigerode leitet der erste Vicepräsident Staatsminister v. D. v. Bernuth gegenwärtig die Präsidialgeschäfte des Hauses.

\* Der Dienst der bisher mit der Versorgung von Militärbriefen beauftragten sogenannten Briefordonnanzen ist durch die schnelle Ausdehnung der Stadt Berlin ein so beschwerlicher und zeitraubender geworden, daß man sich, wie wir hören, entschlossen hat, eine besondere Militär-Poststation in der Garde-Artillerie-Kaserne am Kupfergraben hieselbst zu errichten. Der Dienst in derselben wird unter Aufsicht eines Offiziers von Unteroffizieren ganz in derselben Weise, wie bei den übrigen Poststationen besorgt werden; auch ist an der Artilleriekaserne ein Briefkasten für Schreiben an Militärbehörden, Offiziere und Soldaten angebracht. Giltige Briefe sind von der Beförderung ausgeschlossen. Alle von der Militär-Poststation ausgehenden Briefe müssen den Stempel M. P. St. tragen.

\* Vor Kurzem ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß die Besitzzeugnisse für die während des Krieges von 1870/71 erworbenen Eisernen Kreuze demnächst zur Aushängung gelangen würden. Jene Nachricht ist als in hohem Maße verkrüht zu bezeichnen, denn soviel wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, sind noch nicht einmal alle Nationale der Decorirten bei der General-Ordenscommission eingegangen. Dies hat zum Theil wieder darin seinen Grund, daß viele der damals Decorirten gegenwärtig garnicht mehr aufzufinden sind, indem sie seit der Zeit ihrer Entlassung aus dem Militärverbande ihren Wohnsitz gewechselt haben, ohne daß jetzt ihr neuer Aufenthalt zu ermitteln ist. Die General-Ordens-Commission stellt, um die bedeutende Arbeit zu bewältigen, die Liste der Decorirten je nach den Armeecorps geordnet, zusammen und ist, wie wir hören zuerst mit der Aufstellung der Listen für das erste und dritte Armeecorps beschäftigt.

## Desterreich.

Wien, 12. Februar. Die Aeußerungen des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg in der vorgestrigen Sitzung des Budget-Ausschusses bilden noch immer den Gegenstand zahlreicher Commentare und Ergänzungen. Aus den letzteren tragen wir nach, daß nach mehreren unläufigen Reflexionen der Fürst die sich häufenden Ablehnungen der Regierungsvorlagen als „Nabelstiche“ für das Ministerium bezeichnet und die Vertrauensfrage vornehmlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Ungarn, in welche die Regierung nur im Bewußtsein ihrer Stärke eintreten könne, in Aussicht gestellt habe. In den nicht- oder minder officiösen Organen ist man entgegengekehrter Auffassung und erörtert ernsthaft die Möglichkeit einer cisleithanischen Ministerkrise, ja man ist schon bei der Combination neuer Ministerlisten angelangt, in denen insbesondere der Name des Kriegsministers Baron Koller genannt wird. Die Wahrheit scheint uns, wie so oft, in der Mitte zu liegen und wir warnen vor dem einen wie vor dem anderen Extrem. Die Worte des Fürsten Auersperg sind jedenfalls ein Symptom der Beunruhigung; von einer Krise kann aber wohl noch kaum die Rede sein. Sicherlich nicht von einer parlamentarischen Krise; denn so viel ist zweifellos, daß die Regierung, wenn sie die Vertrauensfrage stellen wollte, die Majorität des Abgeordnetenhauses für sich hätte. Diese Majorität ist ja der Regierung so feelenverwandt, besonders was den Mangel an Initiative betrifft. Erst gestern lieferte sie im confessionellen Ausschusse den Beweis, daß ihr nichts ferner liege, als den Frieden der Crellenzen zu stören, indem sie abermals eine Hoffnung, die wir auf diese Session gesetzt hatten: das Civil-Gesetz, zur Zufriedenheit des Cultusministers begrub. Die Leser finden die Details dieses legislatorischen Leichenbegängnisses an anderer Stelle. Der Ungarische Ministerpräsident Bitto ist heute Morgens hier angekommen, um dem Kaiser die Demission des Cabinet's zu überreichen. Der Schwerpunkt der Krise liegt also augenblicklich in Wien. Was den letzten Tag der Budget-Debatte betrifft, so hat derselbe die Luft zwischen dem Cabinet Bitto und Koloman Tisza womöglich noch vergiftet. Die Erklärung Tisza's in seiner Schlussrede daß die Anschauung, er habe der Deut-Partei die Coalition angetragen, ein „Mißverständnis“ sei, dürfte wohl viel von dem günstigen Ein-







# Beilage zu No. 39. des Memeler Dampfboots.

Dienstag, den 16. Februar 1875.

## Abgeordnetenhaus.

12. Plenarsitzung, Freitag, den 12. Februar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Am Ministertisch Geh. Ober-Mag. Rath Parisius. Der Präsident macht dem Hause die Mittheilung von dem gestern Mittags 1 Uhr in Frankfurt a. M. erfolgten Ableben des Abgeordneten für den 1. Aachener Wahlkreis (Schleiden-Malmédy) Wirkl. Geh. Rath v. Savigny. Die Mitglieder des Hauses ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Vom Abg. v. Karborst und Genossen ist ein schleuniger Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung (Einführung des Haummelsprungs) eingegangen.

Tagesordnung: I. Erste Verathung des Gesetzesentwurfs betr. die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin.

Abg. Kiepert (gegen) erkennt an, daß die Staatsregierung wohl berechtigt ist, bei Gelegenheit einer neuen Provinzialordnung auch der Stadt Berlin zu gedenken und die riesig anwachsende Stadt aus der Provinz auszuschneiden. Ich kann aus den Motiven nicht ersehen, welche eigentlichen Interessen zu diesem Schritt Veranlassung gegeben, ich kann mir nur denken, daß es politische Interessen gewesen sind. Indessen, seit Einführung der neuen Kreisordnung ist die Polizeiverwaltung in dem Kreise Lelbow, dem ich angehöre, wesentlich verbessert. Ich halte es daher nicht gerechtfertigt, dieses politische Interesse wegen einen so großen Theil seiner Bewohner dem Kreise zu entziehen: Wir haben in diesem Gesetzesentwurf leider kein statistisches Material empfangen, wir wissen nicht genau, wie viel Bewohner aus dem Kreise ausgeschieden werden sollen. Mit der Abtrennung der Stadt Charlottenburg können wir uns allerdings einverstanden erklären, anders verhält es sich jedoch mit dem großen Landkreise, der ebenfalls von dem Lelbowischen Kreise abgetrennt werden soll. Auf diese Weise wird der Kreis um mehr als die Hälfte seiner Einwohnerzahl geschwächt. Auffallend ist mir, daß bei dieser wichtigen Frage nicht einmal ein Gutachten des Kreistages eingeholt worden ist, während bisher bei jeder Theilung des Kreises noch jedesmal eine Einberufung des Kreistages stattgefunden hat. Aus diesem Grunde bitte ich, diese Vorlage der Commission zu überweisen, welche für die großen Verwaltungsgelege berufen werden soll, und dieselbe ad hoc durch 7 Mitglieder zu verstärken.

Abg. Richter (Sagen) erklärt sich für die Vorlage. Ich bedauere ebenfalls, daß nicht ein ausreichendes statistisches Material mit vorgelegt ist, dagegen kann ich mich dem Vorwurfe nicht anschließen, daß der Gesetzesentwurf nicht vorher dem Kreistage vorgelegen hat. Es handelt sich hier nicht um eine einfache Theilung des Kreises, sondern um eine Organisation von sehr weitgehender Bedeutung und die Theilung ist nur eine notwendige Consequenz dieser Organisation. Ich meinerseits bin mit dem Gesetzesentwurf einverstanden und kann auch nicht die Ansicht derer theilen, welche in diesem Gesetzesentwurf eine der Stadt Berlin feindliche politische Tendenz erblicken. Es liegt in der Natur großer Städte, daß sie mit der Ausdehnung der Peripherie radikaler werden. Ich erinnere nur daran, daß bei den letzten Reichstagswahlen in den umliegenden Dörfern von Berlin ca. 4000 Socialdemokraten gewählt haben. So wenig mir aber der Landkreis Berlin, der aus den umliegenden Dörfern künftig gebildet werden soll, gefällt, ebenso wenig gefällt mir die Organisation für die Stadt Berlin selbst. Ob man die Stadt Berlin mit dem Namen „Provinz“ bezeichnet, ist gleichgültig; auf den Namen kommt es hier nicht an, es handelt sich hier vielmehr um die Regelung der kommunalen Verhältnisse auf einem kleinen Gebiete. Ich halte es meinerseits für ganz unmöglich, einer und derselben Person dem Oberbürgermeister von Berlin mit seinem Beamten-Apparat zwei Verwaltungen, eine für die Stadt Berlin und eine für die Provinz Berlin, zu übertragen. Redner beklagt es, daß die Stadtverordnetenversammlung gegenwärtig mit viel zu viel ganz untergeordneten Detailfragen belästigt werde. Er hält deshalb eine Decentralisation der Geschäfte derselben notwendig, etwa in der Weise, daß eine Reform der Städteordnung analog der Kreisordnung anzubahnen sei, wonach der Magistrat nur der Exekutiv-Ausführung der Stadtverordneten-Versammlung sein solle. Was den Landkreis anlangt, so sei derselbe eine der unglücklichsten Organisationen, die er sich denken könne; man schaffe einen Kreis künstlich im Gegenjatz zur Stadt Berlin, bei dem von gemeinsamen kommunalen Einrichtungen gar nicht die Rede sein könne. Ebenso sei für die Polizeiverwaltung dieser Landkreis eine sehr unglückliche Einrichtung. Die Kreisordnung passe gar nicht für den Landkreis Berlin, denn man finde in demselben zwar Vergnügungsorte und recht viele Gräber (Heiterkeit), aber weder Gutsbesitzer noch Grundbesitzer, so daß sich daraus weder Gutsbezirke noch Landbezirke bilden ließen. Er sei daher der Ansicht, daß alle kommunalen Verhältnisse von Berlin und Umgegend in enger kommunaler Beziehung zu einander stehen müssen, und daß eine Regelung nur möglich ist, wenn die Verwaltung aus einem Guß bestehe. Er halte es nicht für unmöglich, eine solche durchgreifende Regelung selbst noch in dieser Session herbeizuführen; falls dies jedoch nicht möglich sein sollte, dann würde es die Aufgabe der Commission sein, ein Provisorium zu schaffen, durch welches die Ausschreibung der Stadt Berlin aus dem Provinzialverbande Brandenburgs noch zum 1. Januar ermöglicht werde.

Abg. v. Venda hält es zwar für unbedingt notwendig, die Stadt Berlin loszulösen von dem Verbande der Provinz Brandenburg, ebenso hält er die Decentralisation für ein drin-

gendes Bedürfnis. Indessen kann er sich damit nicht einverstanden erklären, daß aus der Stadt Berlin eine besondere Provinz gebildet werden solle. Man werde damit eine Provinz schaffen, die in der That gar keine Provinz sei, und einen Kreis, der kein Kreis sei. Man schaffe nichts weiter als eine neue Verwaltung für die Stadt Berlin, da der Provinz alle Merkmale einer solchen abgehen. Er glaube daher, daß es genüge, wenn in der Provinzialordnung eine dahingehende Bestimmung aufgenommen werde, die Stadt Berlin scheidet aus dem Verbande der Provinz Brandenburg aus. Dazu bedürfe es einer besonderen Vorlage gar nicht.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Parisius: Die Staatsregierung hat, indem sie diese Vorlage an das Haus gelangen ließ, nur dem ausdrücklichen Wunsche desselben Rechnung getragen. Der Herr Redner ist der Ansicht, daß die Lösung der Stadt Berlin aus ihrem bisherigen Provinzialverbande lediglich durch eine Bestimmung in der Provinzial-Ordnung ausgedrückt werden könne. Der vorjährige Entwurf enthielt aber eine solche Bestimmung, es wurde aber der Regierung daraus der Vorwurf gemacht, daß sich mit einer solchen Bestimmung die notwendige Organisation für Berlin nicht herstellen lasse. Die Regierung erkennt übrigens keineswegs, daß die Ansichten über Detailbestimmungen dieses Gesetzes weit auseinander gehen können, da die Frage, die zu lösen ist, eine außerordentliche schwierige ist, sie hegt aber die Hoffnung, daß es gelingen werde, die verschiedenen Ansichten zu vereinigen.

Abg. Richter (Sangerhausen) tritt dem Abg. v. Venda entgegen und für die Vorlage ein. Die Gegner fassen die Angelegenheit unrichtig auf; es handle sich keineswegs um eine Zerstörung der bestehenden Gemeindegemeinschaften, es bleiben die Gemeinde- und Amtsvorsteher voll in Funktion. Von Vortheil für den Landkreis sei es, daß ihm zu großen Anstalten, die ihm bis auf eine Irren-Anstalt vollständig fehlten, durch die Verbindung mit Berlin geholfen werden wird. Mit dem Abg. Kiepert erkläre er sich mit dem Verathungsmobus einverstanden. In dieser Commission werde das neue Project lebensfähig und vortheilhaft für Stadt und Kreis gestaltet werden.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Commission verwiesen.

II. Erste Verathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotation der Provinzial- und Kreisverbände.

Abg. Richter bedauert, daß er dieses Gesetz nicht mit demselben Ausdruck der Freude begrüßen könne, wie dies bei dem diesjährigen Etat der Fall gewesen. Bei dieser Vorlage dränge sich von selbst die Frage auf, ob die Regierung einen Vorschlag gemacht, der acceptirt werden könne, ob sie die Provinzen so dotirt, daß sie die ihr gestellten Aufgaben auch erfüllen könne. Diese Frage müsse er verneinen. Er wolle auf die kleinen Fonds, die in der Vorlage enthalten seien, nicht weiter eingehen, nur auf einen Hauptpunkt wolle er aufmerksam machen. Es werde den Provinzen für die Unterhaltung der Chaussees eine Summe von 5 Millionen Thalern und aus dem Chaussee-Reparationsfonds eine Summe von 2 Millionen überwiesen. Diese letztere Summe sei aber um eine volle Million niedriger als der Etat für 1874 und 1875 enthalte. Redner führt aus, daß diese Summe in keiner Weise dem vorhandenen Bedürfnis entspreche, wobei noch auf die von Jahr zu Jahr sich steigenden Bedürfnisse, sowie auf die Preissteigerungen gar nicht Rücksicht genommen sei. Der Staat wälze hier eine Last auf das Land ab, die eine stets wachsende sein werde. Er glaube daher, daß der Finanzminister seine Hand noch weiter werde aufhaken müssen, was er ja mit Rücksicht auf die günstige Finanzlage auch thun könne.

Abg. Stenzel schließt sich in Bezug auf die Chaussee-Reparationsfonds im Allgemeinen den Ausführungen des Redners an und bemängelt, daß das Extraordinarium, wie es im Etat enthalten, nicht ebenfalls den Provinzen überwiesen sei.

Abg. v. Sacken-Larpuischen: Ich glaube, daß noch nie ein Gesetz so falsch aufgestellt worden, als das Dotationsgesetz. Der Herr Finanzminister selbst scheint die Sache so aufgestellt zu haben, als ob durch das Gesetz ein Geschenk gemacht werde. Wenn man diesen Provinzialfonds richtig aufstellt, so liegt kein Grund vor, von einem solchen Geschenke zu sprechen; die Regierung hat vielmehr den dringenden Wunsch von Geschäften entlastet zu werden und dieser soll dadurch erreicht werden, daß Leute ehrenamtlich diese Arbeit übernehmen. Wenn wir diesen Gedanken festhalten, so werden wir wohl sehr kühl an diese Vorlage treten können. Wir haben das Recht zu sagen, willst Du, daß wir diese Verpflichtung übernehmen, so stellen wir Dir, nicht Du uns Bedingungen. Wenn daher die Unterhaltung der Staatschassen auf die Provinzen übergehen soll, so haben wir auch das Recht zu verlangen, daß wir mit den gehörigen Mitteln ausgestattet werden. Was nun die Decentralisation anlangt, so trete ich meinerseits an diese Frage sehr vorsichtig heran. Wenn wir so weit nach dieser Richtung hin gehen wollen, wie beispielsweise der Abg. Richter, so lösen wir den Staat überhaupt auf, dann beseitigen wir die sittliche Bedeutung des Staats. Der ganze Werth der Zugehörigkeit zu einem großen Gemeinwesen liegt darin, daß die Wohlhabenden den Armeren auszuweichen müssen. Wenn wir also dies beseitigen, so erreichen Sie nichts weiter, als daß Sie die Armeren Provinzen noch ärmer machen, und die reicheren noch reicher. Redner wünscht schließlich, daß bei der Vertheilung des Chausseeaufwands die Quadratmeilenzahl zu Grunde gelegt werde und verlangt, daß die Commission die eine Mill. aus dem Extraordinarium zurückfordert. Andererseits wäre

die ganze Dotation ein Danaergeschenk für die Provinzen, eine Zumuthung, die man denselben nicht machen dürfe.

Handelsminister Dr. Achenbach: Bei diesem Gesetz handelt es sich nicht darum, ob die Provinzen ein gutes oder schlechtes Geschäft machen. Vom Standpunkt der Staatsregierung handelt es sich auch nicht um die Entlastung bestimmter Geschäfte, sondern darum, das Prinzip der Selbstverwaltung in's Leben einzuführen. Wie lange ist es denn her, daß hier im Hause der Wunsch laut geworden, daß eine Reihe von Funktionen, welche bisher die Staatsregierung ausgeübt, auf Organe der Selbstverwaltung übergehen möge und heute hört man schon das Wort, daß es sich um die Abwälzung von Geschäften handelt. (Sehr wahr!) Wir, u. S., wollen uns nicht entlasten, Sie sollen nicht bloß Geschäfte übernehmen, sondern wir wollen gemeinsam daran arbeiten, unter Staatsleben mit neuer Kraft zu erfüllen und es neu zu verjüngen; das sind die Aufgaben die wir uns gestellt haben (Bravo). Die vielgerühmte Million im Extraordinarium hat gewissermaßen den Mittelpunkt in der Debatte gebildet. Es scheint aber dabei ganz übersehen zu sein, daß durch dieses Dotationsgesetz den Provinzen mehr überwiesen wird, als in den letzten Jahren für diesen Zweck verausgabt ist. Die Million im Extraordinarium steht erst ein einziges Jahr im Etat. Es wird daher reiflicher Erwägung in der Commission bedürfen, ob es Aufgabe der Regierung ist, den Provinzen noch mehr zu übertragen, als der Staat dafür verausgabt hat. Was sodann den Vertheilungsmaßstab anlangt, so ist derselbe gewissermaßen bereits durch die frühere Gesetzgebung geordnet. Wenn ferner der Anspruch geltend gemacht wird, daß auch die künftigen Steigerungen zu berücksichtigen sind, so habe ich darauf zu erwidern, daß für diesen etwaigen Fall sich Mittel und Wege finden werden, um das Bedürfnis zu befriedigen. Ich wiederhole, daß es sich hier nur um die Begabung von Fundamenten zur Selbstverwaltung handelt, nicht um ein Rechenexempel. In diesem Sinne hat die Regierung den Vorschlag gemacht und in diesem Sinne bitte ich ihn anzuschmen.

Abg. v. Venda hält die Besorgnisse, welche man an die Vorlage knüpft, für unbegründet, da die Regierung später jedem Bedürfnis gemäß Rechnung tragen werde. Ebenso werde das Haus falls einmal 20 Millionen zum Chausseebau gefordert werden sollten, eine solche Summe gern bewilligen.

Minister der landw. Angelegenheiten Dr. Friedensthal stimmt darin mit dem Abg. v. Sacken überein, daß die Ausführungen von größeren Meliorationen der Initiative der Staatsregierung überlassen werden müsse, da die einzelnen Provinzen hierzu nicht im Stande seien. So verweist der Minister beispielsweise auf die großen Meliorationen in der Provinz Hannover, wo gegenwärtig aus 60 Quadratmeilen werthlosem Moorboden fruchtbarer Boden geschaffen werde. Der Minister geht sodann auf die Wirksamkeit der landwirthschaftlichen Vereine über, auf deren Zusammenwirken mit dem Ministerium er das größte Gewicht legt. Dieses Vereinswesen habe sich aber in der Preussischen Monarchie sehr ungleich vertheilt. Seine Aufgabe werde es sein, die Entwicklung dieser Vereine zu fördern und zu stärken.

Finanzminister Camphausen: Die Herren in diesem Hause scheinen noch immer die Erinnerung an die Zeit der Milliarden nicht aus dem Gedächtnis verloren zu haben, denn sonst würden sie die Millionen doch nicht so leicht in den Mund nehmen. In der vorigen Woche sprach Herr Miquel von 20 Millionen, die wir zur Verzeilung von Domänen verwenden sollen, und heute glaubte Herr v. Venda den Vorschlag machen zu müssen, 20 Millionen zum Chausseebau zu verwenden. Nun so gefährlich wird die Sache wohl nicht werden (Große Heiterkeit). Ich weiß ja, daß dieser oder jener der Chaussees als sehr schlecht schildert, aber ich weiß auch sehr wohl, daß die Chaussees sich heute in einem so guten Zustande befinden (Widerpruch) — ja, meine Herren, warten Sie doch erst auf den Nachsatz — wie sie bisher sich zu befinden pflegten (Große Heiterkeit). Jedenfalls werden Sie finden, wenn Sie mit einem aufmerksamen Auge verfolgen, was für die Unterhaltung der Chaussees geschehen ist, daß von Jahre 1863 ab sich die Ausgaben hierfür in fortwährend steigender Befunden haben. Wenn trotz dieser fortwährend steigender die Chaussees immer schlechter geworden sein sollten, so würde das doch eine merkwürdige Folgerung sein (Heiterkeit). Es ist gesagt worden, daß die Kosten der Unterhaltung der Chaussees perpetuallich zunehmen werden. Ich sollte meinen, daß wenn wir auf die Jahre 1873 und 1874, wo die Preise so rapide in die Höhe gingen, zurückgehen, so könnte man doch leicht die Frage aufwerfen, ob die Preise nicht wieder heruntergehen werden (Widerpruch), und ob es nicht möglich sein werde, zu einem billigeren Preise zu wirtschaften. Aber die Regierung hat diese Frage gar nicht in Erwägung gezogen, sie geht vielmehr davon aus, daß sie vollständig denjenigen Betrag bewilligen will, der gegenwärtig die Unterhaltung der Chaussees kostet. Und, meine Herren, wenn sich ergeben sollte, daß diese Summe den begründeten billigen Anforderungen nicht entspricht, so wird die Staatsregierung keinen Anstand nehmen, die Summe entsprechend zu erhöhen (Bravo). Ich will noch hinzufügen, daß die Regierung durchaus nicht beabsichtigt, sich bei dieser großen Maßregel irgendwie von kleinlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Ich hoffe, daß wenn Ihre Commission in die Verathung dieses Gesetzes eintritt und die Vorlage genau prüft, aus dieser Verathung ein Resultat hervorgehen wird, wonach Re-

